

Inhalt

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 3, Oktober 1938	1
DIE INTERNATIONALE LAGE.....	1
DIE KAPITALINTERESSEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI	1
DIE ERLÖSE AUS DER ANNEXION.....	2
DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG DER TSCHECHOSLOWAKEI.....	3
WARUM DER KRIEG NICHT STATTFUNDEN HAT	3
DIE WIRTSCHAFTLICHE DIKTATUR DES GROSSKAPITALS.....	4
DIE DEMOKRATISCHE DIKTATUR	5
DIE DEUTSCHE EXPANSION	6
DER ANTEIL DER FRANZÖSISCH-ENGLISCHEN KAPITALGRUPPEN.....	6
„AN DAS KÖNIGLICHE KOMMANDANTURGERICHT, BERLIN“	7
Gedicht: WISSEN SIE, WOZU DAS GUT SEIN SOLL?	8
DIE WIRTSCHAFTSKRISE IN DEUTSCHLAND	9
WIE DER AKTIENKURS ZUSTANDE KOMMT.	9
DIE URSACHE DER KRISE.	10
DIE KRISE IN DEUTSCHLAND.	11
DIE ANNEKTIERUNG ÖSTERREICHS.	12
DIE KRISE DES DEUTSCHEN KAPITALS.	13
KLASSENBEWEGUNG III. (Schluss folgt)	13
K.A.P.D. UND A.A.U.D.	14
DIE A.A.U.E.....	15
DIE FEHLEINSCHÄTZUNG	15

Radencommunisme, erster Jahrgang, Nr. 3, Oktober 1938

DIE INTERNATIONALE LAGE

In der letzten Septemberwoche wurden wir durch alarmierende Berichte über die Gefahr eines neuen Weltkriegs infolge des „Konflikts“ zwischen der Prager Regierung und der separatistischen *Henlein-Bewegung* aufgeschreckt, der sich in Wirklichkeit als ein Konflikt zwischen dem deutschen Imperialismus auf der einen und dem französischen, englischen und russischen Imperialismus auf der anderen Seite herausstellte. Nachdem Mitte August deutsche Truppenbewegungen in Richtung der tschechischen Grenze einsetzten, hielt die Aktivität der sudetendeutschen Partei mit den militärischen Vorbereitungen auf der anderen Seite der Grenze Schritt, bis Ende September die Situation für eine gewaltsame Annexion des Sudetengebiets durch Deutschland reif war. Die Annexion des Sudetenlandes verlief zwar anders als die von Österreichs, war aber in erster Linie eine Folge der enormen Interessen der ehemaligen Alliierten an den tschechoslowakischen Territorien.

DIE KAPITALINTERESSEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Als der „Rat der Vier“, der 1919 die Welt teilte, den Tschechen als Belohnung für ihre Hilfe während des Weltkriegs, zunächst als antideutsche und später als antikommunistische Freicorps, die nationale Unabhängigkeit gewährte, war diese Belohnung nicht ganz ohne Nutzen für die beteiligten Kapitalgruppen. In den Jahren 1922-1924 nahm die Tschechoslowakei zwei große internationale Kredite in Höhe von insgesamt 20 Mio. £ (240 Mio. Gulden nach dem damaligen Wechselkurs) auf, die hauptsächlich in Amerika, England und den Niederlanden platziert wurden. Noch heute ist der N.R.C. voll des Lobes über die Akribie,

mit der Prag die Zinsen von 8 % bis heute gezahlt hat, was einen jährlichen Nutzen von knapp 20 Millionen Gulden bedeutet hat. 1932 nahm die Prager Regierung ein Darlehen in Höhe von 500 Millionen Franken (ca. 50 Millionen Gulden) auf, das 1937 „ohne Beanstandung“ verlängert wurde. Die Auslandsschulden der Tschechoslowakei belaufen sich auf etwa 8 Milliarden tschechische Kronen (500 Mio. Gulden), von denen die Hälfte in Amerika platziert ist. Es liegt auf der Hand, dass die Westmächte, wenn solche finanziellen Interessen auf dem Spiel stehen, nicht einfach zustimmen können, einen wichtigen Teil der Industrie- und Rohstoffgebiete an Deutschland abzutreten, was die Kreditwürdigkeit des tschechischen Staates schwer beschädigen würde.

Unmittelbar nach dem Krieg gründete die französische Banque de Paris et des Pays Bas eine Filiale für Mitteleuropa, die Banque des Pays de l'Europe Centrale. Dadurch knüpfte sie umfangreiche Beziehungen zu Rumänien und Ungarn, aber auch zur Tschechoslowakei. Diese Bank, die für die Tschechoslowakei die „Bank für Handel und Industrie“ gegründet hat, kontrolliert dort einen bedeutenden Industriekonzern, dessen Unternehmen größtenteils im Sudetenland angesiedelt sind. (Die wichtigste davon ist die Erste Bruexer Eisengiesserei.)

Von weitaus größerer Bedeutung sind die Interessen von *Schneider-Creusot*, der zusammen mit der *Union Parisienne* und der *Zivnostenska Banka* die *Skoda-Werke*, das größte Industrieunternehmen der Tschechoslowakei, kontrolliert. Die *Skoda-Werke* gehören zusammen mit Krupp und Creusot zu den größten Kriegsindustrien des Kontinents und beschäftigen 50.000 Mitarbeiter. Sie befinden sich in Pilsen, an der Grenze zum Sudetenland, und werden nach der Besetzung durch deutsche Truppen direkt in die Schusslinie deutscher Geschütze geraten, obwohl sie nach den derzeitigen Plänen tschechisch bleiben werden. Das zweitwichtigste Unternehmen von Creusot, die *Berg- und Hüttenwerksgesellschaft*, liegt an der schlesischen Grenze, zum Teil im Kreis Ostrau, wo nach dem ursprünglichen Plan eine „Volksabstimmung“ stattfinden soll, zum Teil in dem jetzt von Polen besetzten Gebiet. Ein drittes Unternehmen von Creusot, die Stickstoffwerke der *Société Européenne de l'ammoniaque*, befindet sich ebenfalls in der Region Ostrau. (N.R.C., 5. Oktober 1938, Abendausgabe)

DIE ERLÖSE AUS DER ANNEXION

In derselben Zeitung finden wir eine Statistik über die Industrie im Sudetengebiet, die dem *Daily Telegraph* entnommen wurde. Sie zeigt, welcher Anteil der tschechischen Industrie in dem Gebiet mit 51 % deutscher Bevölkerung angesiedelt ist, das daher unverzüglich an Deutschland abgetreten werden sollte.

	Anzahl der Betriebe (Prozent)	Anzahl der Arbeiter (Prozent)
Steinkohlebergwerke	51%	36%
Braunkohle	7% der Produktion; 14 Millionen Tonnen von 16	
Metallindustrie	39%	21%
Glasindustrie	55%	63%
Textilindustrie	49%	53%
Bekleidungsindustrie	25%	22%
Töpferei	26%	36%
Porzellanindustrie	ungefähr 100%	
Lederindustrie	30%	26%
Papierindustrie	37%	25%
Chemische Industrie	35%	

Von diesen Industrien erbrachte allein die Porzellan-, Glas- und Schmuckindustrie eine jährliche Summe von 10.000.000 Pfund (90.000.000 Gulden) an Devisen, die jetzt von Deutschland vereinnahmt wird. In der N.R.C. vom 6. Oktober (Morgenzeitung) finden wir weitere Zahlen der „Deutschen Volkswirtschaft“, die ein noch deutlicheres Bild von den Verlusten geben, die die Tschechoslowakei durch die territoriale Teilung erleidet:

So heißt es beispielsweise, dass die Textilindustrie fast vollständig im Sudetenland angesiedelt ist und zu 80 % deutsch ist. Der Gesamtwert der Produktion betrug vor der Krise 12 Milliarden Kronen (750.000.000

Gulden) pro Jahr, wovon zwei Drittel ins Ausland exportiert wurden. Die chemische Industrie würde fast vollständig nach Deutschland kommen. Das Gleiche gilt für die ebenfalls sehr wichtige Holzindustrie.

Nach Angaben von „Het Volk“ vom 6. Oktober (Abendzeitung) wird fast die gesamte Braunkohle an Deutschland fallen (98 %) und ein viel kleinerer Teil der Steinkohleregionen.

In der sudetendeutschen Baumwollindustrie waren 500.000 Menschen beschäftigt. Die Bedeutung dieses Industriezweigs wird durch die Tatsache belegt, dass er über 3 Millionen Spulen verfügt (Deutschland 11 Millionen). Die „eroberte“ Wollindustrie hat 1 Million Spulen (Deutschland 11 Millionen). Der Gesamtwert der Ausfuhren von Baumwolle und Wolle belief sich 1937 auf 27 Millionen Gulden.

Bei allen genannten Zahlen handelt es sich natürlich nur um sehr grobe und oft widersprüchliche Schätzungen. Dennoch vermitteln sie einen Eindruck von der wirtschaftlichen Bedeutung des Anschlusses, sowohl für Deutschland als auch für die Tschechoslowakei und ihre Gläubiger.

Auf der finanziellen Seite fordert Deutschland laut N.R.C. vom 6. Oktober (Abendausgabe) die Rückzahlung des Anteils der sudetendeutschen Sparkassen an den tschechischen Inlandsschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 6 Milliarden Kronen (375 Mio. Fl.).

DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG DER TSCHECHOSLOWAKEI

Aber abgesehen davon, dass Frankreich, Amerika, England und die Niederlande große finanzielle und wirtschaftliche Interessen an der Tschechoslowakei haben, ist auch die *strategische* Lage des Landes für sie von großer Bedeutung. Frankreich und England haben große Interessen auf dem Balkan, und auch Deutschland versucht, dort einzudringen. Die Tschechoslowakei war sowohl militärisch als auch wirtschaftlich ein Bollwerk gegen die deutsche Expansion. Die tschechische Maginot-Linie, die mit französischem Kapital und unter französischer Führung gebaut wurde, geht nun kampfflos in deutsche Hände über. Die Tschechoslowakei wurde als militärische Hochburg praktisch ausgeschaltet. Die beiden anderen Staaten der kleinen Entente, Jugoslawien und Rumänien, verbarrikadieren sich noch, aber es bleibt abzuwarten, wie verlässlich sich diese Staaten unter den neuen Verhältnissen für Frankreich erweisen werden.

Alles in allem bedeutete die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland für den tschechischen Staat und damit für seine Gläubiger einen jährlichen Verlust, der sich nur in Hunderten von Millionen Gulden messen lässt. Die militärische Position Englands und Frankreichs wird erheblich geschwächt, und die Folgen für den Balkan und sogar für die britischen Kolonien sind unklar.

WARUM DER KRIEG NICHT STATTFUNDEN HAT

Wenn man sich diese Situation vor Augen führt, wird die Haltung Frankreichs und Englands fast unverständlich. Warum nahmen sie diese enormen Verluste in Kauf, wo sie doch die besten Chancen in einem Krieg gegen Deutschland zu haben schienen, auch wenn Deutschland Italien, Polen, Japan und einige kleine Staaten als Verbündete hatte? Einer der Hauptgründe ist sicherlich der, auf den Roosevelt in seiner „Friedensbotschaft“ hinwies: dass ein neuer Weltkrieg bevorstehe, der die „Zerstörung ganzer Gesellschaftssysteme“ zur Folge haben werde.

Die internationale Bourgeoisie weiß sehr wohl, dass am Ende eines neuen Weltkrieges die proletarische Revolution unmittelbar bevorsteht. Selbst wenn es gelänge, ihn einzudämmen oder in eine Art Staatskapitalismus zu verwandeln, würde dies immer noch die Enteignung des größten Teils der Bourgeoisie bedeuten. Ein Sieg der Entente über Hitler-Deutschland könnte für die siegreiche Bourgeoisie fatal sein, denn die Revolution, die in Deutschland mit Sicherheit ausbrechen würde, würde nicht an den deutschen Grenzen Halt machen. Deshalb haben die „demokratischen“ Weltmächte tödliche Angst vor einer Niederlage Deutschlands, sei es eine militärische oder eine wirtschaftliche, und sind jederzeit bereit, Deutschland vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten.

Aber das ist sicher nicht die ganze Erklärung. Wir wissen ja, dass die Kapitalisten nicht aus freien Stücken zwischen Krieg und Frieden wählen können, sondern dass wirtschaftliche Notwendigkeiten sie zu einem bestimmten Weg zwingen. Und so wäre es nie zu einer Einigung gekommen, wenn die Voraussetzungen dafür nicht bereits in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Kapitalen gegeben wären.

Das englische Kapital bildet keine Einheit mit dem deutschen Kapital; es besteht aus verschiedenen Kapitalgruppen mit unterschiedlichen Interessen.

Deutschland ist bei der Versorgung mit Rohstoffen in hohem Maße von England und seinen Kolonien abhängig, was aber bedeutet, dass die englischen Rohstoffkonzerne wiederum von der Lage in Deutschland abhängig sind. Je härter die deutsche Industrie – insbesondere die Kriegsindustrie – läuft, desto mehr können die englischen Rohstoffkapitalisten verdienen. Das bedeutet aber, dass diese Kapitalisten sich einer

Entwicklung widersetzen müssen, die die deutsche Industrie in einen direkten Krieg mit England verwickeln würde, während sie gleichzeitig versuchen müssen, den wirtschaftlichen Bankrott Deutschlands zu verhindern. Sicherlich sind es diese Gruppen, die sich jetzt in der Person ihres Anführers Chamberlain als Friedensengel aufspielen.

Auf der anderen Seite stehen die Kapitalgruppen der Textil-, Maschinen- und weiteren Konsumgüterindustrie, die ein weiteres Wachstum der deutschen Industrie befürchten. Sie sind es, die besonders bedroht sind, wenn Deutschland seine Macht in Richtung Balkan und englische Kolonien ausdehnt, und sie sind es, die in England offenbar eine Niederlage gegen das Rohstoffkapital erlitten haben. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die deutschen Annexionen fast die gesamte Textilindustrie umfassen und in Pilsen enden, wo die Domäne von Schneider-Creusot beginnt. Wie es mit dem mährischen Ostrau weitergeht, das an der Grenze zwischen der Tschechoslowakei, Deutschland und Polen liegt und in dem Creusot sehr wichtige Fabriken unterhält, bleibt abzuwarten.

Daher kann man nur sagen, dass sich die französischen und englischen Kapitalgruppen in ihrem Kampf gegen die deutsche Expansion nicht vereinigen können. Wichtige Gruppen erleiden keinen direkten Schaden, während andere tödlich betroffen sind. Dies erklärt zum einen den scharfen Kontrast zwischen den Befürwortern und Gegnern von Krieg und Frieden und zum anderen das starke Pendeln, das die französische und englische Politik gelegentlich an den Tag legt. Es ist der Sieg der einen Kapitalgruppe über die Politik der anderen, ein Sieg, der durch das politische Kräfteverhältnis auf dem europäischen Kontinent ermöglicht wurde.

Der Streit zwischen Demokratie und Faschismus wurde bei diesen Überlegungen völlig außer Acht gelassen. Und in der Tat müsste man ein „Volksdagblad“ [Zeitung der niederländischen KP] sein, um zu glauben (oder so zu tun), dass der Kampf zwischen den verschiedenen Kapitalgruppen irgendetwas mit den Ansichten über Diktatur und Demokratie zu tun hat. Wenn es stimmt, dass es in Frankreich eine andere Regierungsform als in Deutschland gibt, die dem Proletariat mehr „Freiheiten“ bietet (solange es diese nicht zum Kampf für seine eigenen Interessen nutzt, denn dann werden sie so schnell wie möglich wieder aufgelöst), so sind die Gründe dafür ganz andere als die „demokratischen“ Vorstellungen der herrschenden Klasse.

Es ist eine alte marxistische Wahrheit, dass die Formen der politischen Unterdrückung ein Produkt der wirtschaftlichen Beziehungen sind. Ein Marxist, der die Grundlagen des so genannten Widerspruchs zwischen „Demokratie“ und „Faschismus“ untersuchen will, muss daher damit beginnen, die *wirtschaftlichen Grundlagen* von Faschismus und Demokratie aufzudecken.

DIE WIRTSCHAFTLICHE DIKTATUR DES GROSSKAPITALS

In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutet Faschismus nichts anderes als die extreme Kontrolle von Produktion und Vertrieb durch staatlich organisierte Großunternehmen. Die Freiheit des Kleinerzeugers wird beschnitten oder besser gesagt zerstört. Ihnen wird vorgeschrieben, wie viele Arbeiter sie beschäftigen dürfen und wie viel sie an Löhnen zahlen müssen; ohne die Zustimmung des Staates dürfen sie keine Arbeiter einstellen. Die Preise der Rohstoffe und des Produkts, die Menge von beidem, die Qualität, die Art des Verkaufs, alles wird vom Staat geregelt und kontrolliert. Und weil es die Unternehmen des Großkapitals sind, die einen zwingenden Einfluss auf den Staat ausüben, ist es das Großkapital, das durch den Faschismus regiert.

Die kleinen Gewerbetreibenden werden nach und nach enteignet. Die kleinen Chefs können unter den neuen Bedingungen im Wettbewerb nicht mithalten. Mittelständler werden als gewöhnliche Proletarier zum Arbeitsdienst herangezogen und müssen ihre Betriebe aufgeben. Eine erdrückende Steuerlast ruiniert viele andere kleinere Unternehmen. Langsam aber sicher wird das Elend, das unter dem „demokratischen“ Regime vor allem die arbeitslosen Arbeiter betrifft, nivelliert und auf alle Klassen von Arbeitern und Mittelschichten verteilt.

Was machte diese wirtschaftliche Unterdrückung notwendig? Die Gewinne des Großkapitals, die im Verhältnis zum Kapital immer geringer wurden, mussten durch eine rationellere Produktion aufrechterhalten werden, alle Arten von Kleinbetrieben, die die durchschnittliche Produktivität verringerten, mussten vernichtet werden. Und das deutsche Kapital musste sich gegen das Ausland organisieren, um zu verhindern, dass die in der deutschen Industrie erwirtschafteten Gewinne ins Ausland abfließen.

Der Widerstand des Proletariats, des Mittelstandes und des ausländischen Kapitals gegen diese Politik musste durch einen riesigen Machtapparat gebrochen werden, der wiederum einen großen Teil der Gewinne verschlang. Ein weiterer Ausbau der staatlichen Macht wurde notwendig, und so nahm die deutsche Politik die Entwicklung, die wir gesehen haben, hin zu immer größeren „Machtdemonstrationen“ im In- und Ausland.

Der Faschismus ist also nicht das Produkt des Gehirns eines fanatischen Wahnsinnigen, sondern die notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, des Rückgangs der Gewinne der „nationalen“ Industrie. Aber gerade diese Entwicklung beschleunigte die Einigung im Ausland; jeder weitere Machtausbau Deutschlands zwang die anderen Länder zur weiteren Aufrüstung; jeder wirtschaftliche Sieg Deutschlands bedeutete einen finanziellen Verlust für die konkurrierenden Kapitalgruppen. Infolgedessen mussten sie auch die Ausbeutung intensivieren und die Profitproduktion weiter organisieren. Das Agrarkrisengesetz für die Niederlande ist ein Beispiel für die Unterwerfung des Kleinerzeugers unter den Staat, es hat einen rein faschistischen Charakter. Mit dem Bodenerzeugungsgesetz, das seit Ende Dezember Teil der niederländischen Kriegsgesetzgebung ist, wurden diese Maßnahmen verschärft.

Die weitere Entwicklung des deutschen Kapitalismus verschärft den Antagonismus zwischen Rohstoffkapital und Konsumkapital in Ländern wie England, und letztlich wird in Lebensfragen die siegreiche Kapitalgruppe die andere mit Gewalt ihrem Willen unterwerfen, wenn sich nicht beide Gruppen zu einem größeren Konzern zusammenschließen. In beiden Fällen bedeutet dies eine Verschärfung der Wirtschaftsdiktatur des Großkapitals, eine Zunahme des Faschismus.

DIE DEMOKRATISCHE DIKTATUR

Die Tatsache, dass der Faschismus in diesen Ländern unter anderen politischen Bedingungen als in Deutschland fortbesteht, ist von keiner grundsätzlichen Bedeutung. In Frankreich und England hat das Parlament eine ebenso geringe Bedeutung wie in Deutschland. Das Münchner Abkommen, das über Krieg oder Frieden und eine neue Aufteilung Europas entschied, wurde ohne Parlament geschlossen. Die französischen Regierungen erhalten eine Vollmacht nach der anderen, um in den Bereichen Finanzen und Wirtschaft zu tun, was sie wollen. Die Parlamente sind nicht mehr als ein Schein, hinter dem sich die direkte Diktatur des Großkapitals verbirgt. Es stimmt, dass die Enteignung von Kleingewerbetreibenden in Frankreich und in England noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in Deutschland. Der Widerstand des Mittelstandes ist noch nicht gebrochen. Die „demokratische“ Regierungsform in diesen Ländern lässt noch einen gewissen Spielraum für die „Mitbestimmung“ der kleinen Eigentümer und sogar der Arbeiterklasse, was die Diktatur des Großkapitals etwas abschwächt. Daher versuchen große Teile dieser Gruppen, die „Demokratie“ als letztes Mittel gegen die Angriffe der Industriemagnaten zu verteidigen.

In der Zwischenzeit geht aber auch in diesen Ländern die kapitalistische Entwicklung weiter, der wirtschaftliche Druck auf die Kleinbetriebe nimmt zu und der Mittelstand verarmt. In dem Maße, in dem dieser Druck wächst und der Konkurs immer näher rückt, wächst auch die Abhängigkeit dieser Gruppen vom Großkapital. Ihr Widerstand wird schwächer und viele laufen sogar zum Faschismus über.

So sehen wir, wie in Frankreich die kleinbürgerliche radikalsozialistische Partei (Daladier) als direkter Vertreter des Monopolkapitals agiert und wie sich auch die Sozialdemokratie den Finanzvertretern unterwirft. Selbst die schärfsten „Demokraten“ spüren in den kritischen Momenten die Aussichtslosigkeit des Kampfes gegen die Diktatur des Großkapitals und beugen sich dessen Willen. Das ist es, was die „Kommunistische Partei“ als Verrat von Daladier bezeichnet; in Wirklichkeit ist es nur die Konsequenz der halbherzigen Politik, die das Kleinbürgertum als Konsequenz seiner halbherzigen Klassenposition schon immer betrieben hat.

Die Arbeiter müssen sich von dieser Politik abwenden. Sie haben nichts zu gewinnen, wenn sie das alte Ausbeutungsregime namens „Demokratie“ verteidigen, das durch die kapitalistische Entwicklung dem Untergang geweiht ist. Sie haben nichts zu gewinnen, wenn sie das Kleineigentum verteidigen, das sich aus dem Ertrag der Arbeit des Proletariats vermehrt. Ihre Aufgabe ist nicht die Verteidigung einer alten, verrotteten und verkommenen Gesellschaft, sondern der Aufbau einer neuen Welt. Deshalb hat der Kampf zwischen „Demokratie und Faschismus“ für uns keine Bedeutung; für uns ist es der Kampf gegen den Kapitalismus als Ganzes.

Schon jetzt sehen wir, dass, wenn sich das Proletariat, gezwungen durch seine Klassenlage, gegen die Ausbeutung erhebt, die demokratischen und faschistischen Teile der Bourgeoisie eine Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse bilden. Auch aus diesem Grund ist ein Kampf gegen den Faschismus als solchen fruchtlos; man kann ein Übel nicht bekämpfen, ohne seine Wurzel anzugreifen. Und diese Wurzel ist das kapitalistische Ausbeutungssystem, die Produktion des Mehrwerts aus der Arbeit des Proletariats. Auf dieser Wurzel wächst der Faschismus ebenso wie die Demokratie, und so sind sie als Früchte desselben Bodens von derselben Gefahr bedroht und stehen Seite an Seite, um sie zu bekämpfen. Die Bedrohung durch die proletarische Revolution vereint also das Kapital, und gerade die Widersprüche zwischen den Kapitalen selbst, die diese Revolution durch Krieg vorbereiten, machen es umso notwendiger, diesen Krieg durch eine Einigung zu verhindern.

DIE DEUTSCHE EXPANSION

Die Widersprüche zwischen den Kapitalen sind jedoch noch nicht verschwunden. Die deutsche Expansion geht weiter und muss weitergehen. Denn die Ursachen, die diese Expansion erzwingen (siehe auch den Artikel über den Börsencrash in Deutschland), werden durch die Annexion nicht beseitigt. Im Gegenteil, der Bedarf der vergrößerten deutschen Industrie an Rohstoffen und Absatzmärkten steigt, und gleichzeitig wächst die Macht des Staates, die es ermöglicht, diesen Weg weiterzugehen.

Das deutsche Kapital wird sich weiterhin bemühen, seine Position in der Welt zu stärken. Dies kann auf verschiedene Weise geschehen: durch wirtschaftliche Zugeständnisse, günstige Bedingungen und Kredite für die Lieferung von Rohstoffen; durch die wirtschaftliche Abhängigkeit von kolonialen und halbkolonialen Gebieten, die als Märkte oder Rohstofflieferanten für die Produktion wichtig sind. So dringt Deutschland in Südamerika ein, profitiert vom Konflikt zwischen England und Mexiko, macht gute Geschäfte im japanisch-chinesischen Krieg. In Spanien bildet sie ihren Militärapparat aus, um als Belohnung für die geleistete Hilfe große Mengen an Rohstoffen zu günstigen Preisen nach Deutschland zu liefern. Und nun eröffnet die Teilung der Tschechoslowakei einen neuen Weg: den Weg zum Balkan.

Tatsache ist, dass wirtschaftliche Zugeständnisse, vorteilhafte Handelsabkommen und Kreditbedingungen mit dem Ausland nicht ohne ein gewisses Maß an politischem Einfluss gewährleistet werden können. Wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von einem Land gehen Hand in Hand. Solange Frankreich die Regierungsbildung in der Tschechoslowakei kontrollierte, war die Zahlung der Kreditzinsen garantiert, und umgekehrt musste die Tschechoslowakei, solange sie wirtschaftlich von Frankreich abhängig war, Frankreich politisch unterstützen. Nun hat Deutschland die Tschechoslowakei sowohl militärisch als auch wirtschaftlich unterworfen, da der neue Nationalstaat in Bezug auf seine Rohstoffe vollständig von Deutschland abhängig ist. Die Tschechoslowakei ist zu einem Vasallenstaat Deutschlands geworden, die erste Hochburg der kleinen Entente ist zerstört.

Gleichzeitig wird ein Angriff auf die von Jugoslawien und Rumänien gebildete Barrikade gestartet. Wirtschaftsminister Funk reist auf den Balkan. Nachdem er in Belgrad ein wichtiges Handelsabkommen mit Jugoslawien abgeschlossen hatte, reiste er in die Türkei, die einen Kredit von 150 Millionen Mark für Aufträge in Deutschland und für die Durchführung von Arbeiten erhielt. In der Zwischenzeit begann Deutschland mit der Kolonisierung der an Österreich angrenzenden Gebiete Jugoslawiens. Nach Angaben der Reichspropaganda leben in diesem Gebiet 740.000 Deutsche. In der Zwischenzeit halten sich hartnäckig Gerüchte, dass deutsche Agenten systematisch fruchtbares Land von armen kroatischen Bauern im Gebiet zwischen Drau und Sau aufkaufen, das dann von Deutschen besiedelt wird. Die deutsche Propaganda in diesem Gebiet arbeitet auf Hochtouren; es gibt 200 Zweigstellen des *Deutschen Kulturverbandes* in Jugoslawien. Die jugoslawische Regierung trägt der wachsenden Macht Deutschlands Rechnung und beginnt, sich mehr und mehr in diese Richtung zu orientieren (N.R.C., 7. Oktober, Abendausgabe). Auch in Rumänien wird die Position Frankreichs immer schwächer. Das Bündnis mit Frankreich ist keine ausreichende Garantie mehr für die ungarischen Ansprüche an der Peripherie, und auch Russland als Verbündeter ist für die Großgrundbesitzer nicht ungefährlich. Deshalb sollte auch hier die Position Deutschlands gestärkt werden.

DER ANTEIL DER FRANZÖSISCH-ENGLISCHEN KAPITALGRUPPEN

Die Rohstoffkapitalisten in England können diese deutsche Expansion nicht ernsthaft behindern. Würde Deutschland diese Expansionsmöglichkeit nicht erhalten, würde dies einen weiteren Zusammenbruch der deutschen Industrie bedeuten, mit allen Konsequenzen für die Rohstofflieferanten. Allerdings müssen sie aufpassen, dass Deutschland nicht die Gelegenheit bekommt, ihr Monopol zu brechen, und da die deutsche Expansion auf dem Balkan in Richtung Rumänien und vor allem Mesopotamien geht, ist absehbar, dass die friedliche Haltung der Ölmagnaten nicht ewig anhalten kann.

Andere Kapitalgruppen, die vor allem an Textilien oder Maschinenbau interessiert sind, sind viel direkter von der deutschen Expansion betroffen. Offensichtlich sind sie jetzt betroffen und werden noch stärker betroffen sein, wenn Deutschland Kolonien erhält (vorzugsweise ohne viele Rohstoffe).

Generell wird das englisch-französische Kapital darauf achten müssen, seine Kontrolle über den verbleibenden Teil der Tschechoslowakei nicht zu verlieren. Im verbliebenen Kern gibt es noch wichtige Industrien, wie die Skoda-Werke in Pilsen oder die Waffenwerke in Brünn, während in Ostrau noch wichtige Industrien verbleiben können. Aber diese Industrien können nicht weiterarbeiten, wenn sie sich nicht selbst mit Rohstoffen versorgen können, und auch der tschechische Staat muss über genügend Geld verfügen, um seinen Kapitalverpflichtungen nachzukommen. Daher die Pläne für ein neues französisch-englisches Darlehen an die Tschechoslowakei. England sollte sofort 10.000.000 £ bereitstellen, weitere 20.000.000 £ sollten später folgen. Ein französisches Darlehen in Höhe von ebenfalls 20.000.000 £ wird derzeit

ausgehandelt. Zusammen werden England und Frankreich der tschechischen Industrie also etwa 50.000.000 £ (450 Mio. f) an neuem Kapital zuführen. Natürlich werden diese Kredite von der Allgemeinheit aufgenommen, so dass die Großunternehmen nicht für die möglichen Verluste aufkommen müssen. Aber sie werden von den Gewinnen profitieren, die mit Hilfe dieses Kredits aus den tschechischen Arbeitern herausgepresst werden.

Der Kampf der Kapitale wird weitergehen. Die anglo-amerikanischen Rohstoffkapitalisten, die ihre Waren an die gesamte industrielle Welt verkaufen, mögen kein Interesse an einem Zusammenbruch der deutschen Produktion haben, aber sie müssen ebenso verhindern, dass die englische oder französische Industrie von Deutschland überflügelt wird. Gleichzeitig müssen sie dafür sorgen, dass das deutsche Kapital nicht die Kontrolle über wichtige Rohstoffgebiete von England übernimmt, um sie in die eigenen Hände zu nehmen – der Verlust, den die Ölmagnaten bei der „nationalen Befreiung“ Russlands erlitten haben, ist ihnen noch frisch im Gedächtnis. So sind einerseits die Interessen des deutschen und des englischen Großkapitals miteinander verbunden, andererseits prallen sie aber auch in anderen Bereichen aufeinander. Und mit der wachsenden Macht des deutschen Kapitals wachsen auch die Widersprüche – ebenso wie die gegenseitige Abhängigkeit von Anbietern und Abnehmern. Hinzu kommt, dass sich die Gegensätze zu den neu entstehenden industriellen Großmächten Russland und Japan, die ebenfalls in scharfem Kontrast zueinanderstehen, immer weiter verschärfen; gleichzeitig entwickelt sich die Konkurrenz zwischen Amerika und England, die beispielsweise im mexikanischen Erdölkonflikt zum Ausdruck kommt.

Es handelt sich also um einen Wirrwarr gegenseitiger Widersprüche, die sich durch Krieg und Frieden hindurch immer weiter verschärfen. Der Kapitalismus selbst kann sie nicht lösen, denn sie liegen im Wesen des Systems selbst begründet. Kein Krieg und kein Frieden, nichts kann sie lösen als die Revolution des Proletariats, das das ewige Opfer des Kampfes seiner Ausbeuter ebenso wie ihrer Einheit ist.



Berlin, 8. Mai 1916.

„AN DAS KÖNIGLICHE KOMMANDANTURGERICHT, BERLIN“¹

In der Strafsache gegen mich bemerke ich noch:

1. Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der „Vorschub zu leisten“ er auch nur denken könnte. Er steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genauso revolutionär gegenüber wie der eigenen. Nicht: „Einer feindlichen Macht Vorschub leisten“, sondern: „In internationaler Wechselwirkung mit den sozialistischen Mächten der anderen Länder allen imperialistischen Mächten zugleich Abbruch zu tun“ ist die Quintessenz seines Strebens.

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er fasst ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus.

In diesem dialektischen Prozess, im nationalen Klassenkampf gegen den Krieg verwirklicht sich der internationale Klassenkampf gegen den Krieg.

Das ist nun der Sinn der Worte Jaurès¹, die zum Motto meiner Ende März 1915 erschienenen Schrift „Klassenkampf gegen den Krieg“ gewählt sind.

2. Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein und unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

¹ Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 9, S. 16-19
<https://www.sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/liebknecht/1916/karl-liebknecht-das-zuchthausurteil-gegen-karl-liebknecht/karl-liebknecht-schreiben-an-das-kommandanturgericht-vom-8-mai-1916>

Gewiss hat der internationale Sozialist, und nur er, da er den Klassenkampf gegen die eigene Regierung führt, das Recht, auch die fremden Regierungen anzugreifen. Dafür aber finden sich in allen Ländern, auch in Deutschland, genügend Kräfte, Skrupellosigkeit und Demagogie, so dass er seine ganze Kraft dem Angriff gegen die eigene Regierung widmen muss, um wenigstens der schlimmsten Wirrnis entgegenzuwirken.

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden der anderen Regierungen zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung; ja, es ist meine Pflicht, die fremden Regierungen gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz zu nehmen, weil die Unwahrheit nirgends zu schonen ist und weil solche Unwahrheiten heute mehr denn je dem verwerflichen Zweck der Völkerverhetzung, der Aufstachelung des Kriegshasses dienen.

Ich habe die ausländischen Regierungen, wo immer sich Gelegenheit bot, in ihren eigenen Ländern Aug' in Aug' angegriffen und in Deutschland, wenn ich davon im Ausland einen Erfolg im sozialistischen Sinne erwartete oder damit zugleich die deutsche Regierung Aug' in Aug' angriff. Niemals werde ich es tun, wenn ich damit der Kriegshetzerei Vorschub leiste.

Wegen meines Kampfes gegen den Zarismus und die zaristische Politik der deutschen Regierung bin ich jahrelang von deutschen Behörden heftig verfolgt worden. Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde ich – allen parlamentarischen Überlieferungen zuwider – vom preußischen Abgeordnetenhaus voller Hass und Empörung deswegen dem Ehrengericht der Anwaltschaft ausgeliefert; während des Krieges – im November 1914 – wurde das Verfahren gegen mich mit einem Schuldigspruch beendet. Ich werde das Material dazu überreichen, aus dem ersichtlich ist, wie ich unter den heutigen Verhältnissen Angriffe gegen „feindliche“ Regierungen betrachte.

3. Es gehört zum Wesen des bewussten internationalen Kampfes, dass der Sozialist die Kooperation der Sozialisten in allen Ländern als ein Ganzes überblickt, dass er bewusst in dieser Arbeitsteilung zu gemeinsamem Zweck an seinem Teil in seinem Lande mitwirkt, dass er bewusst seinen Kampf und den der Sozialisten in den anderen Ländern als sich ergänzende Funktionen erkennt und so den Kampf auch gegen die anderen Regierungen in sein Bewusstsein aufnimmt.

Dem Gegner im eigenen Lande gegenüber diesem internationalen Gesichtspunkt hervorzuheben kann als ein Moment der Entschuldigung, der Unsicherheit, der Unentschlossenheit erscheinen und so den Klassenkampf abschwächen. Wenn dieser Gesichtspunkt ausgesprochen werden muss, so nur zur Propaganda unter denen, die für die internationale sozialistische Politik gegen den Krieg zu gewinnen sind, und um diese Politik bei denen, die sie betreiben, zu einer bewussten zu machen.

In solchem Sinne und in solcher Form tritt dem Krieg des Kapitalismus die soziale Revolution der Arbeiterklasse entgegen.

Armierungssoldat Karl Liebknecht



Gedicht: WISSEN SIE, WOZU DAS GUT SEIN SOLL?

Weißt du, Freund, wofür du sterben wirst,
wenn du wie stolze Marsmenschen denkst?
Weißt du, an welcher Stelle du stehst,
wenn du dein Studium abgeschlossen hast ... Mordexamen?

Wisst ihr, Freund, wen ihr töten müsst,
wenn man euch die anderen Barbaren zeigt?
Wisst ihr, wofür ihr immer euer junges Blut
und euren jungen Körper schonen müsst?

Das heißt... weil du da bist,
das Material für den Gewinn!
Der immer dann am besten gedeiht,
wenn Millionen grausam entkräftet werden!

Das ist... für eine Interessengruppe,
eine Industrie von... Massenmord!
Das ist ... und Skoda, Vickers, Krupp,
ein Schneider, Armstrong... und so weiter!

Deshalb geben sie euch diese eitlen Phrasen von „Nation“, „Ehre“ und „Vaterland“, und sie schicken euch, vermeintliche Narren, in Blut und Schlamm... NIEMANDSLAND!



DIE WIRTSCHAFTSKRISE IN DEUTSCHLAND

Wenn wir nach einer Erklärung für die Börsenkrise in Deutschland suchen, müssen wir zunächst den Bereich der Börse verlassen und uns in den Bereich der Produktion begeben.

In „Het Volk“, wo versucht wurde, diese Börsenkrise zu erklären, wird diese Methode nicht verfolgt; dort bleibt man im Bereich des Börsenhandels und erklärt diesen Börsenkollaps durch die große Menge an Aktien, die von Kapitalisten und Juden, die dem Hitler-Regime nicht trauen wollten, auf den Markt geworfen wurden. Dies würde dazu führen, dass das Angebot die Nachfrage übersteigt, so dass die Preise sinken würden.

In der Tat ergeben sich die Preise der Aktien auf die oben beschriebene Weise aus einem veränderten Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Es ist jedoch klar, dass eine Erklärung der Aktienkurse nur dann gegeben ist, wenn angenommen wird, dass Angebot und Nachfrage gleich sind.

WIE DER AKTIENKURS ZUSTANDE KOMMT.

Bekanntlich kann jeder, der einen bestimmten Geldbetrag besitzt, Eigentümer einer Aktie werden. So gibt es in Unternehmen, die Aktien ausgeben, nicht einen Kapitalisten mit eigenem Kapital, sondern mehrere Geldbesitzer, die Kapital akkumulieren, um es für die gewinnbringende Arbeit mit Rohstoffen und Maschinen einzusetzen. Der Unternehmer oder das Management ist hier lediglich der Dirigent über fremdes Kapital.

Das Kapital dieser Unternehmen ist also nicht im Besitz einer einzigen Person. Das Kapital ist hier unpersönlich.

Der unpersönliche Charakter des Kapitals von Unternehmen hängt jedoch mit Folgendem zusammen. Nehmen wir zunächst an, dass A 1000 kg Kaffee an B verkauft. B muss dann $f1.000$ an A zahlen. A zieht bei B einen Wechsel über 1000 f . Wenn B diesen Wechsel bezahlt, ist er Eigentümer der Ware. Dieser Wechsel war also eine Anweisung von A an B, dass er eine Forderung von f 1000 hatte. Findet der Verkauf jedoch in bar statt, so ist die Zahlung dieser $f1.000,-$ nicht mit der Übergabe von Waren gleichzusetzen. Auch wenn der Verkauf nicht in bar erfolgt ist, bleibt die Tatsache bestehen, dass neben der späteren Einlösung des Wechsels eine Übergabe von Waren stattfindet.

Dies ist beim Verkauf von Aktien nicht der Fall. Es findet keine Übertragung von Waren statt. Beim Verkauf einer Aktie wird nur ein Teil des erwarteten Gewinns übertragen. Der Wert der Aktie (der Preis) ist also nicht im Wert der Rohstoffe, Maschinen, Gebäude usw. des Unternehmens zu suchen, sondern der Preis wird durch die Größe, d.h. die Höhe des zu erzielenden Gewinns bestimmt.

Der Aktienkurs wird also nicht durch Angebot und Nachfrage an der Börse bestimmt. Diese beeinflussen nur die Preisschwankungen, die sich, wie wir oben festgestellt haben, um den Punkt herumbewegen.

Wenn aber der Aktienkurs tatsächlich durch die Höhe des Gewinns bestimmt wird, der im Produktionsprozess selbst erwirtschaftet wird, dann ist es klar, dass die Börsenkrise durch den Produktionsprozess erklärt werden muss.

Wenn wir den Zusammenbruch des deutschen Aktienmarktes verstehen wollen, müssen wir einen Blick auf den deutschen Produktionsprozess werfen.

Vor weniger als einem Jahr, gegen Ende des Jahres 1937, waren die Zeitungen voll mit alarmierenden Nachrichten. Es gab eine neue Krise. Die amerikanische marxistische Zeitschrift „Living Marxism“ begrüßte dies in einem Artikel mit dem Titel „Welcome Crisis“.

Ende 1932 hatte die Weltkrise ihren Tiefpunkt erreicht und eröffnete dem Kapital neue Perspektiven. Von diesem Zeitpunkt an wurden wieder große Gewinne erzielt. Eine Welle des Optimismus schwappte wieder durch die Gehirnwindungen der Kapitalisten. In diesen Kanälen herrschte so viel Optimismus, dass man wieder einmal mit viel Bravour von der „Elastizität“, d.h. von der Widerstandsfähigkeit, Festigkeit und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus sprach.

Nur hier und da ertönte die leise Stimme des marxistischen Ökonomen, der dem Kapital nicht viel Gutes voraussagte. Doch diese leise Stimme ertönte nicht durch den Überschwang der profitgierigen Kapitalisten.

Es bedürfte noch größerer Schläge, um den Kapitalisten wieder klarzumachen, dass der Kapitalismus jene Gesellschaftsordnung ist, in der mit absoluter Sicherheit eine Krise auf die andere folgt und nach immer kürzerer Zeit wiederkehrt. An den Börsen von New York, London und Amsterdam kam es zu schweren Rückschlägen. An einem einzigen Tag wurden Verluste erlitten, wie sie nicht einmal während der Krise von 1929 aufgetreten waren. All dies geschah in den Jahren 1937-1938.

Aus Deutschland hörten wir lange Zeit nichts von diesen Börsenzusammenbrüchen. Die demokratische Presse hatte genug von ihrer eigenen Krise. Und nun, gerade als sich das demokratische Kapital ein wenig zu erholen scheint, kommt mit einem Schlag der deutsche Börsenkrach und macht alle wiederbelebten Illusionen zunichte.

Sie jubeln zwar, dass es in Deutschland schlecht läuft, und verweisen auf die faschistische Wirtschaft, die keine Sicherheiten bietet, aber sie müssen das tun, um ihren eigenen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vertuschen.

Aber egal, wie die bürgerliche oder sozialdemokratische und stalinistische Presse jubelt, eine Tatsache bleibt sicher. Und das heißt: Die deutsche Krise fällt fast in den gleichen Zeitraum wie die Einbrüche an den demokratischen Börsen.

DIE URSACHE DER KRISE.

Bevor wir uns dem deutschen Produktionsprozess zuwenden, einige Bemerkungen zu den wesentlichen Ursachen der Krisen.

Die Profite der Kapitalistenklasse werden von der Arbeiterklasse erwirtschaftet, weil die Kapitalisten nicht für eine bestimmte Menge an Arbeit bezahlen, die von den Arbeitern in ihren Fabriken geleistet wird. In der Zeit, in der die Arbeiter nicht bezahlt werden, sind sie jedoch in der Fabrik und stellen Produkte her. Die Produkte enthalten also einen gewissen Anteil an unbezahlter Arbeit. Jedes fertige Produkt enthält also nicht nur Rohstoffe und Arbeit, sondern auch einen Teil der unbezahlten Arbeit (Mehrwert).

Für den Kapitalisten geht es nun darum, die Waren zu verkaufen. Dann wird der Anteil der unbezahlten Arbeit in bares Geld (oder ggf. andere Güter) umgewandelt. Wenn der Kapitalist dies geschafft hat, hat er das Ziel der Produktion erreicht. Er hat dann die unbezahlte Arbeit (den Mehrwert) in Gold umgewandelt, oder anders ausgedrückt: er hat den Mehrwert realisiert.

Dies ist eine sehr kurze Skizze der Ausbeutung der Arbeiter, der Art und Weise, wie die Kapitalisten ihr Geld verdienen.

Aber der Kapitalist kann nicht alle diese Gewinne selbst verbrauchen. Er muss neue Maschinen kaufen, denn seine Konkurrenten auf dem Weltmarkt lauern nur darauf, ihm das Genick zu brechen, wenn sie die Gelegenheit dazu bekommen. Diese Kapitalisten tun dies nicht aus Profitgier, sondern sie müssen sicherstellen, dass ihr Kapital profitabel bleibt.

Wenn die Kapitalistenklasse jedoch weiterhin profitabel arbeiten will, muss sie nicht nur ihr Kapital vermehren. Immer mehr Maschinen und Rohstoffe müssen von immer *weniger lebenden Arbeitskräften* in Gang gesetzt werden.

Nur wenn ihr dies gelingt, wird ihre weitere Gewinnproduktion erfolgreich sein. Nur dann kann sie das sich enorm ausdehnende Kapital in Form von Maschinen, Rohstoffen, Gebäuden usw. durch verstärkte Ausbeutung in neues Kapital verwandeln. Dies ist die Grundlage für die Bewegung des Kapitals.

Aber gleichzeitig ist sie der Ursprung, nicht nur der Widersprüche zwischen den Kapitalisten, also nicht nur die Ursache von Kriegen, sondern gleichzeitig, wenn der oben erwähnte Expansionsprozess scheitert, die Ursache von Krisen.

Die riesigen, immer größer werdenden Kapitalmassen benötigen, um profitabel zu bleiben, eine immer größere Menge an Mehrwert, d.h. eine immer größere Ausbeutung der Arbeiter.

Doch je größer dieses Kapital wird, desto schwieriger wird es, die große Menge an Mehrwert zu produzieren: bis ein Punkt erreicht ist, an dem die Produktion nicht mehr rentabel sein kann. Die Expansion, die Akkumulation des Kapitals kann nicht weitergehen, und die Arbeiter werden zu Hunderttausenden auf die Straße geworfen.

Das Chaos der Produktion drückt sich dann ganz offen im Chaos der Krise aus.

DIE KRISE IN DEUTSCHLAND.

In Deutschland findet der oben beschriebene Prozess im Wesentlichen auf die gleiche Weise statt. Es gibt jedoch genauere Angaben, die diesen allgemeinen Trend verdeutlichen.

Der deutsche Kapitalismus, der nach dem Krieg von den demokratischen Kapitalisten gezwungen wurde, fast seine gesamte Rüstung abzugeben oder zu zerstören, braucht jetzt eine ganz neue Streitmacht. Die Militarisierung Deutschlands schreitet in einem noch nie dagewesenen Tempo voran.

Dieser Aufrüstungsprozess musste sehr viel stürmischer vonstattengehen, insbesondere gegenüber den demokratischen Ländern.

In dem Artikel: „Der drohende Krieg“ (P.I.C., April 1937, Nr. 1) wird dargelegt, wie sich die deutsche Bourgeoisie nach der Inflation von 1923 wieder eine neue Währung und die notwendigen Rohstoffe aus dem Ausland für ihre Industrie beschaffen konnte, u.a. mit Hilfe von Großkrediten aus England.

Infolge der Krise von 1929 konnte das deutsche Kapital seinen Anleiheverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Seit Beginn der Krise im Jahr 1930 waren die Zahlung von Zinsen und die Rückzahlung des geliehenen Kapitals nicht mehr möglich. Die ausländischen Kapitalisten, die selbst von der Weltkrise betroffen waren, verlangten die Rückzahlung. „Das normale kapitalistische Verfahren besteht nun darin, die Bürgen haftbar zu machen, was in diesem Fall bedeutete, dass die Staatseinnahmen und das Kapitalvermögen der großen deutschen Wirtschaftsorganisationen dazu dienen mussten, die ausländischen Kreditgeber zu bezahlen. Mit einem Wort: Den deutschen Kapitaleignern wurde mit Enteignung gedroht.“

Diese Drohung mit der Enteignung des Eigentums des großen deutschen Kapitals war der Grund für die Wiederaufnahme der Aufrüstung. Die Bourgeoisie musste ihre politische Macht organisieren, um der drohenden Enteignung zu entgehen.

Die Aufrüstung geht deutlich aus den Angaben von Fritz Sternberg in seinem Buch „Deutschland Wohin?“ hervor. (Wohin geht Deutschland?)

Die deutsche Eisen- und Stahlproduktion war in:

Monatlicher Durchschnitt	Gesamt-Eisenausbeute	Rohstahlproduktion	Einfuhren von Eisenerzen
1929	1.544.000 t.	1.354.000 t.	1.413.000 t.
1932	515.000 t.	479.000 t.	283.000 t.
1933	699.000 t.	632.000 t.	381.000 t.
1934	1.103.000 t.	990.000 t.	689.000 t.
1935	1.467.000 t.	1.342.000 t.	1.172.000 t.
1936	1.744.000 t.	1.598.000 t.	1.539.000 t.

Außerdem erklärt die *Reichs-Kredit-Gesellschaft* in ihrer Stellungnahme zu diesen Zahlen ganz offen, dass der Anstieg der Eisenerzproduktion mit der „allgemeinen Aufrüstungswelle“ zusammenhängt.

Die Unternehmen, die immer größere Aufträge vom Staat mit einer 100-prozentige *Abnahmegarantie* erhalten, können nicht mehr alle diese Aufträge bearbeiten. Daher ist vor allem ein neuer Ausbau der Schwerindustrie notwendig. So meldete die *Reichs-Kredit-Gesellschaft* Ende 1936: „Während vor vier Jahren enorme Kapazitätsreserven der Produktionsmittel- und Rohstoffindustrien überhaupt nicht ausgenutzt und abgeschaltet worden waren, sind heute die Produktionsmöglichkeiten in vielen Zweigen nicht nur voll ausgelastet, sondern durch dringende Aufträge sind große Neuinvestitionen notwendig.“

Dies zeigt, dass der kontinuierliche Strom an staatlichen Aufträgen die Expansion der Unternehmen erforderte und dass diese Expansion neues Investitionskapital erforderte.

Wie bereits erwähnt, ist der Staat der Hauptabnehmer dieser Waffenindustrie. In offiziellen Berichten ist von „100 Prozent“ die Rede. Obwohl 100 % der Käufe garantiert sind, bedeutet dies jedoch nicht, dass der Staat alle Waffen und Munition aufbewahrt. So gehen beispielsweise Waffen nach Spanien und für kurze Zeit auch nach China, wofür man im Gegenzug alle möglichen Rohstoffe erhält. Dies ist jedoch für den Inhalt dieser Diskussion nicht relevant.

Dass der Staat in der Tat ein enormer direkter Abnehmer der Rüstungsindustrie ist (die gleichzeitig die gesamte verarbeitende Industrie in Gang setzt), zeigt die folgende Statistik:

	GESAMTAUSGABEN DES STAATES Milliarden Reichsmark	RÜSTUNGS-AUSGABEN Milliarden Reichsmark
1933-1934	9.7	3.0
1934-1935	12.2	5.5
1335-1936	16.7	10.0
1936-1937	18.8	12.6

Wie bereits erwähnt, enthalten die Produkte nicht nur den Wert der Rohstoffe und der Arbeit, sondern auch den Betrag der unbezahlten Arbeit (Mehrwert).

Solange sich diese Milliarden an Waffen und Munition noch stapeln, ist auch der Mehrwert eingefroren. Das heißt, der Mehrwert kann noch nicht realisiert werden und der deutsche Produktionsapparat muss mit den Mitteln zur Expansion kämpfen.

Sie kann aber nur aus den Gewinnen der Arbeiter wachsen. Dort liegt es unbenutzt, aufgestapelt. Obwohl der deutsche Staat ein „100-prozentiger“ Konsument der Rüstungsindustrie ist, bedeutet dies keineswegs, dass er seine Schulden bei den Kapitalisten bezahlen kann. Die deutschen Kapitalisten werden in der Tat nicht nur mit Rohstoffen, sondern auch mit Schuldscheinen bezahlt.

Die Bilanzen mögen zwar hohe Gewinne ausweisen, aber das sind nur Gewinne auf dem Papier. Bislang konnte der deutsche Staat die in den ungenutzten Waffen angehäuften Gewinne nicht realisieren. Und so lange werden die deutschen Kapitalisten auf die Eintreibung ihrer Forderungen warten müssen. Sowohl die deutschen Kapitalisten als auch ihr allgemeiner Vertreter, der Staat, sind also in Schwierigkeiten. Wie kommt man aus dieser Sackgasse heraus? Es gibt nur zwei Auswege: 1. durch verstärkte Ausbeutung und gewaltsame Expansion. Dass ersteres der Fall ist, wissen wir auch ohne Zahlen. Es ist das „übliche“ Mittel der herrschenden Klasse, um die Auswirkungen der Krise abzuschwächen.

Der zweite Weg zeigt sich am praktischen Beispiel der gewaltsamen Annexion Österreichs. Obwohl kein einziger Schuss fiel, kann man sagen, dass der in den Kanonen enthaltene Mehrwert durch die Androhung von Waffen in Form des Anschlusses Österreichs an Deutschland realisiert wurde.

DIE ANNEKTIERUNG ÖSTERREICHS.

Aus den Berichten, die nach der Annexion in verschiedenen Zeitschriften wie „The Economist“ (Nr. 4935, Seite 672), „Die Bank“ (30. März 1938), „Economische Voorlichting“ (25. März 1938) und den „Mededelingen van de Nederlandse Kamer van Koophandel in Duitsland“ (April 1938) veröffentlicht wurden, konnte man schließlich die wichtige Tatsache erfahren, dass der Goldschatz des Deutschen Reiches durch die Annexion fast um das 3 ½-fache anstieg.

Die deutschen Goldreserven beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf 76,2 Millionen Reichsmark in Gold und Devisen. Die Österreichische Bank hingegen verfügte über 422 Millionen Schilling (197 Millionen Reichsmark). Dazu kommen noch die Beträge, die Österreich auf den verschiedenen Verrechnungskonten zustehen, die sich auf fast 200 Millionen Schilling belaufen. (93 Millionen Reichsmark), davon 60 Millionen Schilling an England, so dass Deutschland eine Devisenforderung von 160 Millionen Schilling hatte (65 Millionen Reichsmark).

Der Gesamtgewinn betrug damals 262 Millionen Goldmark oder fast das 3½-fache der Goldreserven des Reiches. Mit dem Einmarsch in Österreich wurde eines der schwächsten Glieder des Gegners gebrochen.

Deutschland hatte schon seit langem Handels- und damit Zahlungsprobleme mit Österreich. In der Zeit vor der Annexion waren die deutschen Importe nach Österreich aufgrund der hohen deutschen Preise nicht sehr hoch gewesen. Umgekehrt war dies ein Anreiz für die österreichischen Exporte nach Deutschland. Die Folge war ein rasches Anwachsen der deutschen Verrechnungsschulden gegenüber Österreich, so dass Deutschland im November 1937 gezwungen war, seine Importe aus Österreich um 40 % zu reduzieren.

Der Bedarf an den Produkten und die hohe Verrechnungsschuld blieben jedoch bestehen und verstärkten die Spannungen zwischen den beiden Ländern, die schließlich durch den Anschluss Österreichs mit den oben genannten Vorteilen radikal gelöst wurden.

Wir werden nicht auf die Lösung der verschiedenen Schwierigkeiten der deutschen Industrie durch die Annexion eingehen. Wir wollen nur darauf hinweisen, dass der Holzmangel auch für Deutschland weitgehend behoben ist.

Aber das Wichtigste bei all dem ist, dass das deutsche Kapital aus der Notwendigkeit der *Krisensituation heraus* zur Annexion greifen musste.

Das deutsche Kapital war jedoch noch nicht gerettet. Dem großen Produktionsapparat war mit einem solchen Sieg noch nicht geholfen. Die fast 300 Millionen Reichsmark plus einige kleinere Leistungen waren wie ein Tropfen auf den heißen Stein.

Obwohl die Krisensituation durch die Eingliederung etwas entschärft wurde, hielt die Kapitalkrise an.

Der Staat konnte den Kapitalisten nicht helfen. Und diese wiederum sind nicht in der Lage, die auf dem Papier stehenden Gewinne in der Realität auszuzahlen. An der Börse wird dann die Schwierigkeit deutlich. Die Nichtausschüttung von Gewinnen und die Verringerung von Gewinnmöglichkeiten drücken sich dann im Rückgang der Preise aus. Jeder versucht dann, seine Aktien so billig wie möglich zu verkaufen. Eine Flut von Aktien überschwemmt den Aktienmarkt, bis alle gleichsam in Panik geraten.

Die Aktien werden dann in Paketen auf den Markt geworfen. Der Aktienmarkt kann das nicht schlucken. Es gibt keine Käufer, im Gegenteil, die Zahl der Verkäufer steigt.

DIE KRISE DES DEUTSCHEN KAPITALS.

Daraus geht hervor, dass der Börsenkrach nichts anderes als eine Produktionskrise war, dass seine Ursache nicht das steigende Angebot an Aktien oder die Angst der Kapitalisten war, von Hitler in einen Krieg hineingezogen zu werden.

Ein Krieg ist der einzige Ausweg für das deutsche Kapital, neben einer noch größeren Ausbeutung der Arbeiter.

Doch weder ein Krieg noch eine noch grausamere Ausbeutung werden sie aus der Sackgasse befreien können. Die Bewegung des Kapitals setzt sich sowohl vor als auch nach dem Krieg fort, Expansion von totem Kapital durch immer weniger lebendige Arbeit. Wie konzentriert, zentralisiert und akkumuliert das deutsche Kapital auch sein mag, was bleibt, ist das Gesetz, dass Rentabilität immer schwieriger zu erreichen ist.

So schleppt sich das deutsche Kapital (und das des gesamten Kapitals) auf dem Weg in den Ruin. Sie verlängert ihr parasitäres Dasein auf Kosten des Leidens und später des Todes von Millionen von Arbeitern.



KLASSENBEWEGUNG III. (Schluss folgt)

Im ersten Artikel wurde die Aufgabe der alten Arbeiterbewegung im entstehenden Kapitalismus skizziert, im zweiten das Entstehen revolutionärer Betriebsorganisationen in Deutschland sowie der Kampf innerhalb der jungen K.P.D. um die Betriebsorganisationen ausgeführt. Im Folgenden soll kurz auf die Ideen eingegangen werden, die in der Revolutionszeit von 1919 bis 1923 entstanden sind.

Die junge Rätebewegung in Deutschland machte damit sofort deutlich, dass sich im Denken vieler Arbeiter über die Führung des Klassenkampfes wichtige Veränderungen vollzogen hatten. Diese Veränderungen waren jedoch keineswegs einheitlich, und die Rätebewegung zeigte sofort unterschiedliche Richtungen. Es herrschte Einigkeit darüber, dass die neue Organisation der Arbeiter auf der Grundlage des Betriebes erfolgen müsse und dass die gesamte Organisation so aufgebaut werden müsse, dass sich nicht wieder ein „Bonzenrat“, eine „Führungsclique“, bilden könne. Man war sich einig, dass die neue Organisation eine Millionenorganisation sein sollte, die die große Mehrheit der Arbeiterklasse umfasst und dass sie die Diktatur des Proletariats verkörpern sollte. „Eine Organisation von Millionen, von vielen, vielen Millionen bewussten Kommunisten ist notwendig. Ohne sie werden wir nicht siegen...“ (Gorter: „Die Organisation des Klassenkampfes“).

Doch schon bei der Gründung der A.A.U.D. kam der Streit auf, ob diese Allgemeine Arbeiterunion die einzige Organisation der kämpfenden Arbeiter sein sollte oder ob zusätzlich eine politische Partei (in diesem Fall die K.A.P.D.) notwendig war. Dieser Streitpunkt führte bereits im Dezember 1920 zu einer Spaltung. Für die A.A.U.D. war dies ein großer Verlust, der vielleicht die Hälfte der angeschlossenen Betriebsorganisationen betraf.

Diese abtrünnige A.A.U.E. (Einheitsorganisation) gab 1922 die folgenden Zeitschriften heraus: „Die Einheitsfront“ (Berlin), „Der Weltkampf“ (Westachsen und Zwickau), „Der Unionist“ (Hamburg), „Die Revolution“ (Ostachsen). Darüber hinaus betrieb Pfempfers Zeitschrift „Die Aktion“ auch eine starke Propaganda für die Einheitsorganisation. Nach Angaben der Einheitsorganisation konnte sie 1922 bereits 6 % der deutschen Betriebe „übernehmen“, während sie ihre Mitgliederzahl mit 212.000 angab. Wahrscheinlich

handelt es sich hierbei nur um eine „Propagandazahl“, aber auf jeden Fall zeigt dies, dass die Strömung, die sich gegen jegliche Parteibildung richtete, sehr stark war.

Die Entwicklung des Klassenkampfes hatte also diese beiden Hauptströmungen in die Rätebewegung hervorgebracht. Welche war die richtige? Oder hatte jede einen Anteil an der richtigen Art zu kämpfen? Oder lagen sie beide falsch? Inwiefern spielte die Tradition der alten Ansichten in beiden Strömungen noch eine Rolle? Mit anderen Worten: Auf welche Weise bereichert dieser Kampf innerhalb der Rätebewegung unser Verständnis des Kampfes für den Kommunismus? Um das herauszufinden, müssen wir uns beide Ströme genauer ansehen.

K.A.P.D. UND A.A.U.D

Die Position der A.A.U.D. und der K.A.P.D. zu dieser Zeit ist am deutlichsten in Gorters „Offenem Brief an Lenin“ (1921) formuliert. Dieses Dokument ist nach wie vor eines der besten Werke, die der Rätebewegung zur Verfügung stehen, auch wenn die darin entwickelte Position zur Allgemeinen Arbeiter-Union und zur Bedeutung der Partei unserer Meinung nach überholt ist. Aber nirgendwo sonst wird die Grundlage des marxistischen Antiparlamentarismus so deutlich herausgestellt, und nirgendwo sonst wird so klar gezeigt, warum die Arbeiterklasse keine Hilfe von den Bauern oder den Kleinbauern erwarten kann.

Nach dem „Offenen Brief“ veröffentlichte Gorter „De Algemene Arbeidersbond“ und „De organisatie van de klassenstrijd“ [deutsch: Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats], die sich insbesondere mit den damaligen Vorstellungen über das Verhältnis der Union zur gesamten Arbeiterklasse, über das Verhältnis der Union zur K.A.P.D. und umgekehrt sowie über das Verhältnis von Partei und Union zur Diktatur des Proletariats beschäftigen.

Die Ursprünge der Ansichten von A.A.U.D. und K.A.P.D. tragen eindeutig die Spuren ihres Auftauchens aus einer stagnierenden Revolution. Ja, jetzt, wo wir etwa 20 Jahre weiter sind, können wir von einer rückläufigen Revolution sprechen. Hätte die Revolution 1919 sofort stattgefunden, so dass die Arbeiterräte überall damit begonnen hätten, die Betriebe zu enteignen und die politische Macht direkt in ihre Hände zu nehmen, hätten alle diese Fragen anders ausgesehen. Aber so war es nicht. Hunderttausende kämpften gegen das deutsche Kapital und seine Kumpane, aber sie konnten die Aufgabe der 20 Millionen Proletarier in Deutschland nicht übernehmen. Die Massen sahen tatenlos zu, wie die kämpfende Minderheit von den weißen Banden abgeschlachtet wurde. Es war also klar, dass die Revolution ein langer Prozess sein würde. Gorter schrieb in dem „Offenen Brief“:

„Da die Revolution in Westeuropa eine sehr schwierige sein wird und dadurch wahrscheinlich nur sehr langsam gehen wird, wird es eine lange Übergangszeit geben, in welcher die Gewerkschaften nichts mehr taugen und die Sowjets noch nicht da sind. Diese Übergangszeit wird durch den Kampf gegen die Gewerkschaften, durch ihre Änderung, mit ihrer Ersetzung durch bessere Organisationen ausgefüllt werden. Sie brauchen nicht ängstlich zu sein, wir werden die Zeit dazu schon haben! Noch einmal, dies wird nicht geschehen, nicht, weil wir Linken das wollen, sondern weil die Revolution diese neuen Organisationen fordert. Ohne sie kann die Revolution nicht siegen.“²

Es sei ein langer Prozess erforderlich, „um die sklavischen, reformistischen, sozialpatriotischen Massen zu verändern“, und dies könne nur durch das Beispiel der Kämpfe in den Betriebsorganisationen erreicht werden.

Deshalb müsse im Kampf die Organisation „der vielen, vielen Millionen“, die „Allgemeine Arbeiter Union“, aufgebaut werden. Und wenn diese Organisation die große Mehrheit des Proletariats umfassen würde, wäre sie das Organ der Diktatur des Proletariats. Eine Diktatur, die von der Mehrheit der Arbeiterklasse unterstützt wird, also eine echte Klassendiktatur.

Nach Ansicht der A.A.U.D. und der K.A.P.D. würde diese Massenorganisation jedoch nicht ausreichen, um den Sieg zu sichern, da die großen Massen zu wenig Wissen besäßen, um ihre eigene direkte Führung zu übernehmen. Denn „große Teile des Proletariats verfügen nicht über ausreichende Kenntnisse. Sie wissen nicht genug über Wirtschaft und Politik, über nationale und internationale politische und wirtschaftliche Ereignisse, über deren Zusammenhänge und Einfluss auf die Revolution. Sie können dies aufgrund ihres Status als Klasse nicht wissen. Daher können sie nicht rechtzeitig handeln. Sie handeln, wenn sie nicht handeln sollten, sie handeln nicht, wenn sie handeln sollten. Sie werden sich sehr oft irren.“ („Die Organisation des Klassenkampfes“, S.13). Deshalb wäre es notwendig, dass sich die klügsten Köpfe der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenschließen, die insbesondere innerhalb der A.A.U.D. propagiert werden sollte. Aber diese Partei sollte nicht von den Massen getrennt sein und nicht über ihnen stehen.

² Herman Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin, Verlag Association 1974, S. 40

Gorter sagt:

„Im besten Fall könnte man sagen, dass sie das Gehirn des Proletariats ist, sein Auge, sein Motor. Aber auch das ist nicht ganz richtig. Denn das würde die Partei zu einem Teil des Ganzen machen. Und das ist sie nicht und will es auch nicht sein. Sie will das gesamte Proletariat in Westeuropa und Nordamerika wie ein Sauerteig durchdringen, sich das Ganze zu eigen machen und damit selbst das Ganze sein. Sie will hier eins werden, indem sie sich selbst, die Betriebsorganisation und das Proletariat verbindet. Ich werde später darauf zurückkommen“ (wie zuvor, S.15).

„Es ist wahr: Die Betriebsorganisation, die A.A.U., kann nicht allein um den Sieg kämpfen. Auch die Partei allein kann das nicht. Aber beide zusammen können [...] Die Allgemeine Arbeiterunion und die Partei, das ist das Proletariat [...] Wird die Partei die *größte* Macht gewinnen? Oder wird die Allgemeine Arbeiterunion vielleicht so stark werden, dass sie sich durchsetzt? Das wissen wir nicht. Das hängt vom Verlauf der Revolution ab.“ (wie zuvor, S. 28, deutsche Ausgabe)

DIE A.A.U.E.

Die andere große Strömung in der Rätebewegung, deren wichtigster Wortführer Otto Rühle war, wandte sich entschieden gegen alle politischen Parteien, auch gegen die K.A.P.D. Sie nannte sich A.A.U.E. (Einheitsorganisation), die politische und wirtschaftliche Einheitsorganisation des Proletariats. Auch sie strebte die Diktatur des Proletariats durch die A.A.U. an, lehnte aber die „politische Vormundschaft“ einer Partei vehement ab. Wenn die Massen zu dumm sind, ihre eigene Politik zu bestimmen, werden sie wieder einmal zu Werkzeugen in den Händen einer „Clique“. Die A.A.U.E. sah daher in der K.A.P.D. keinen Helfer der Arbeiterklasse, sondern eine Bremse, die der Entwicklung des Selbstbewusstseins im Wege stand.

Auf den ersten Blick hatte die A.A.U.E. starke Pfeile in ihrem Köcher, um die Parteileute zu bekämpfen. Die Praxis zeigte jedoch, dass dies mehr Schein als Sein war. Auch in der A.A.U.E. gab es natürlich unterschiedliche Ansichten zu taktischen und politischen Fragen. Und es ist offensichtlich, dass diese nun innerhalb der A.A.U.E. im Kampf um Positionen ausgefochten wurden. Mit anderen Worten, der Parteikampf wurde in die A.A.U.E. verlagert, mit dem Ergebnis, dass sie nach 1923 sehr bald in eine Vielzahl von Abspaltungen, in eine Vielzahl von politischen Gruppierungen zerfiel. Dieser Prozess wurde noch dadurch beschleunigt, dass die A.A.U.E. zum Sammelpunkt für alle Arten von halb- und ganzanarchistischen Ansichten wurde. So entdeckte zum Beispiel die Splittergruppe „Proletarischer Zeitgeist“ (Zwickau), dass auch das Räteystem falsch war, weil in ihm die Mehrheit die Minderheit unterdrückte. Sie beschlossen daher, keine Entscheidungen zu treffen.

DIE FEHLEINSCHÄTZUNG

Wenn wir jetzt, nach fast zwanzig Jahren erbitterten Klassenkampfes in Deutschland, prüfen, ob die A.A.U. und die A.A.U.E. die Entwicklung des Klassenkampfes richtig eingeschätzt haben, dann können wir jetzt sagen, dass es eine große Fehleinschätzung war. Nicht, weil sich die Revolution noch nicht durchgesetzt hätte: In der deutschen Rätebewegung rechneten sie mit einem langen Prozess. Man ging jedoch davon aus, dass sich das plötzliche Wachstum der Betriebsorganisationen in den Jahren 1920-1923 mehr oder weniger geradlinig mit der Entwicklung des Klassenkampfes fortsetzen würde. Angesichts der Tatsache, dass sich die Gewerkschaften offen auf die Seite des Kapitals gestellt hatten und praktisch nicht in der Lage waren, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, glaubte man, dass sich die Betriebsorganisationen zu einer Organisation von „vielen, vielen Millionen“ als Gegenstück zu den Gewerkschaften entwickeln würden. Ausgehend von der richtigen Erkenntnis, dass die Arbeiterklasse nur als organisierte Klasse kämpfen und siegen kann, ging man davon aus, dass die Arbeiterklasse im und durch den Kampf allmählich eine neue ständige Organisation schaffen würde. Das Wachstum der A.A.U. oder A.A.U.E. wäre der Maßstab, an dem die Entwicklung des Kampfeswillens und des Klassenbewusstseins gemessen werden könnte. Aber: Deutschland erlebte eine Periode heftiger Klassenkämpfe, die im Faschismus gipfelten, während die A.A.U., A.A.U.E. und K.A.P.D. immer weiter schrumpften. Von den ehemals großen Betriebsorganisationen sind nur noch einige wenige Kerne übriggeblieben, die zusammen einige tausend Mitglieder in einer proletarischen Masse von 20 Millionen haben. Unter diesen Umständen hatten sowohl die A.A.U. als auch die A.A.U.E. den Charakter einer Partei. Im Dezember 1931 wurde daher die Konsequenz gezogen, dass sich die A.A.U. von der K.A.P.D. trennte und mit der A.A.U.E. fusionierte. Nach 11 Jahren der Trennung kamen sie wieder zusammen. Es wurde jedoch klar, dass die alte Illusion, dass die Allgemeine Arbeiter Union der große Sammelpunkt der revolutionären Arbeiter werden würde, aufgegeben worden war: Dies spiegelte sich in dem neuen Namen der Organisation wider, die von nun an heißen sollte: Kommunistische Arbeiter Union (K.A.U.). Die A.A.U. und die A.A.U.E. waren selbst zur „Partei“ geworden, und die Frage, ob es neben der Union eine weitere Partei geben sollte, war damit geklärt. (Schluss folgt)



Bei uns erhältlich:
OFFENER BRIEF AN PARTEIGENOSSE LENIN 10 Cent
DIE ALLGEMEINE ARBEITERUNION 5 Cent
(Der Betrag kann in Briefmarken bezahlt werden).
Noch vorrätig:
LENIN ALS PHILOSOPH
Kritische Betrachtung der phil. Grundlagen des Leninismus
Per Post 30 Cent.